Vorlage an

Haupt- und Finanzausschuss für die Sitzung am

Stadtverordnetenversammlung für die Sitzung am
--

Grundsatzbeschluss Straßenbeiträge

Beschlussvorschlag:

1. Die Einführung der wiederkehrenden Straßenbeiträge mit Wirkung zum 01.01.2014 wird beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt eine Straßenbeitragssatzung zu erarbeiten und den städtischen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

Sachverhalt:

Das Land Hessen hat in der Überarbeitung des Kommunalen Abgabegesetzes (KAG) in der Fassung vom 21.11.2012 (veröffentlicht im Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 23 am 30.11.2012) die bisherige „Kann“-Vorschrift bei der Erhebung von Beiträgen für den Um- und Ausbau der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze der über die laufende Unterhaltung und Instandhaltung hinausgeht in eine „Soll“-Vorschrift geändert. Dadurch werden Städte und Gemeinden nunmehr verpflichtet eine Straßenbeitragssatzung einzuführen und bei grundsätzlicher Erneuerung Straßenbeiträge anzufordern.

Mit gleichem Gesetz wird in Hessen erstmals den Städten und Gemeinden die Möglichkeit eingeräumt, neben den schon bekannten einmaligen Straßenbeiträgen, auch wiederkehrende Straßenbeiträge einzuführen.

Während beim einmaligen Beitrag die umlagefähigen Kosten nach Abzug eines Gemeindeanteils auf die von der jeweils zu erneuernden Straße erschlossenen Grundstücke verteilt werden, erfolgt beim wiederkehrenden Beitrag die Verteilung der Kosten für die grundsätzliche Straßenerneuerung in einem Abrechnungsgebiet und für einen Zeitraum von eins bis zu fünf Jahren, nach Abzug eines Gemeindeanteils, auf alle Grundstücke eines Abrechnungsgebietes.

Drucksache IX/0620/1

Der Vorteil besteht darin, dass die Kosten auf mehrere Schultern verteilt werden und dadurch die finanzielle Belastung für Einzelne wesentlich geringer wird. Dieser Vorteil wird in der als Anlage 1 beigefügten Berechnung exemplarisch dargestellt. Aus diesem Grund empfiehlt die Verwaltung die Einführung der wiederkehrenden Straßenbeiträge.

Der Sachverhalt wurde am 27.08.2013 im Magistrat beraten. Die Drucksache wird gemäß § 11 der Geschäftsordnung direkt dem Ausschuss vorgelegt.

- Rohrbach -
Bürgermeister

Anlagen:

Anlage 1, Beispielberechnung

Anlage 2, Ausführung Büro Bauer

Anlage 3, Gesetzesauszug KAG